

Bis zu 13,3 Prozent Atomstromanteil

Ausbau der erneuerbaren Energien ist derzeit die einzige Möglichkeit den Atomstrom aus den österreichischen Stromnetzen zu drängen

St. Pölten, am 1.12.2019: Nach wie vor enthält der österreichische Strommix bis zu 13,3 Prozent Atomstrom. „Für ein Land, dass sich gerne als Kämpfer gegen die Atomkraft positioniert, ist das nicht sehr rühmlich“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Die einzige Möglichkeit derzeit den Atomstrom aus den österreichischen Netzen zu drängen, kann nur der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Derzeit gibt es mit dem Ökostromgesetz für neue Windparks gar keine Perspektive. Diese Situation muss mit einer raschen großen Reform des Ökostromgesetzes endlich gelöst werden.“

Während Österreich sich nach außen immer wieder als Kämpfer gegen die Atomenergie positioniert, enthält der österreichische Strommix noch immer bis zu 13,3 Prozent Atomstrom. „Politische Aussagen haben leider auch in diesem Bereich wenig mit der realen Situation zu tun“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Stromkennzeichnung verschleiert reale Herkunft des Stromes

Obwohl im heurigen Stromkennzeichnungsbericht der E-Control zu lesen ist, dass ‚keine Nachweise aus Nuklearenergie eingesetzt wurden‘, bedeutet dies leider nicht, dass Österreich atomstromfrei ist. „Die Nachweise sagen leider nichts darüber aus, woher der Strom stammt“, ärgert sich Moidl: „Denn die Stromherkunftsnachweise werden unabhängig vom verkauften Strom gehandelt.“ In Österreich ist es erlaubt reinen Atomstrom als Ökostrom zu verkaufen. Hierfür muss man sich nur einen Herkunftsnachweis für erneuerbare Energie besorgen und kann damit Atomstrom als erneuerbaren Strom verkaufen. „Wie groß dieser Anteil tatsächlich ist kann man aber nur abschätzen“, erklärt Moidl: „Je nach Berechnungsmethode liegt der Atomstromanteil dann zwischen 3,6 und 13,3%. Diese Unklarheiten könnten mit einem Schlag gelöst werden, wenn die Herkunftsnachweise nicht getrennt vom Strom gehandelt werden dürften.“ (siehe Hintergrundpapier: <https://www.igwindkraft.at/mmedia/download/2019.12.01/1575206820379923.pdf>)

Einzige realistische Lösung: Ausbau der erneuerbaren Energien

„Nachdem eine Verknüpfung der Herkunftsnachweise mit der tatsächlichen Stromproduktion eine EU Entscheidung benötigt und politisch immer wieder abgelehnt wird, gibt es nur eine Möglichkeit Atomstrom aus österreichischen Stromnetzen draußen zu halten“, stellt Moidl fest und fordert den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien endlich zu beginnen. Die Novelle des Ökostromgesetzes im September hat durch einen Vorgriff auf zukünftig vorgesehene Fördermittel für bereits bewilligten Windparks, die in der Warteschlange hingen, den Bau gesichert. Für neue Windparks ist im bestehenden Ökostromgesetz nichts mehr vorhanden. Daher gibt es für neue Windparks auch keine Perspektive. Auf die große Reform des Gesetzes wartet die Branche schon seit mehreren Jahren. „Ein neues Ökostromgesetz welches dem Ausbau erneuerbarer Energie einen starken Impuls gibt muss oberste Priorität der neuen Regierung sein“, fordert Moidl und weist einmal mehr darauf hin, dass bei der Ausgestaltung des Fördersystems die Fehler, die in den anderen europäischen Ländern in den letzten Jahren gemacht wurden, unbedingt zu vermeiden sind.